Donnerstag, 8. Januar 1925 · 73. Jahrgang Nr. 12

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
760 · 7 · BERLIN UNSICHER

Erscheint täglich zweimal. Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Goldpfennig im voraus zahlbar: durch die Post 2,15 Goldmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 0.70 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0.20 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str. 46–49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 3.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Deutscher Protest gegen das Kölner Unrecht

Die Antwort der Reichsregierung auf die Note der Alliierten – Schärfste Verwahrung

Die deutsche Antwort auf die Note der alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter!

Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Herrn Reichskanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone folgendes ergebenst mitzuteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtungen, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolgedessen erhobenen dringenden Vorstellungen haben die alliierten Regierungen sich entschlossen, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich dadurch vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrages von Versailles die erste Epoche seiner Durchführung abschließen und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten eine Erleichterung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Erleichterungen, der Befreiung eines großen Teiles besetzten deutschen Gebietes, nicht innehalten wollen.

Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebietsteile durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfange und solcher Dauer zu finden sein.

Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert.

Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert.

Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage. Sie beschränken sich indes einstweilen darauf, die Verfehlungen allgemein anzudeuten. **Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf welche die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.** Eine alsbaldige Mitteilung dieser Tatsachen durfte umsomehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen und beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängt. Durch ihr Verfahren haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit genommen, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird. Sie wird alsdann nicht zögern, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganen bestehen, das Ihrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen.

Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stande der deutschen Abrüstung zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Es ist richtig, daß Artikel 429 des Versailler Vertrages die Räumung des besetzten Gebietes zu den dort vorgesehenen Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungen das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte einer Verlängerung der Besetzung entspricht. Für die loyale Handhabung internationaler Verträge ist es elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offenbares Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann im vorliegenden Falle unter keinen Umständen die Rede sein. **Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt.** Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befugnis zu einer Vergeltungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angekündigt worden ist.

Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf eins nicht außer acht gelassen werden. Bei einem Vertrage, der, wie der Versailler Vertrag, nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, und der dem einen Teile auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belasteten Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Bereinigung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuführen. Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrages, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen bewirkt hat, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, hat gezeigt, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. **Nur wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortführung jener Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung des durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konflikts zu gelangen.**

Genehmigen Sie usw.

gez. Stresemann.

Löbe wieder Reichstagspräsident

Mit 231 von 447 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt – Noch immer keine neue Reichsregierung

Das preußische Zentrum stützt weiter das Kabinett Braun

Die Beifallskundgebungen, die in der gestrigen Reichstagssitzung einsetzten, als der frühere Reichstagspräsident Löbe wieder den Präsidentenstuhl einnahm, und die sich spontan, wenn auch nicht ganz vorschriftsgemäß, auf die Zuhörer übertrugen, galten dem in manchen Sitzungsstürmen bewährten Präsidenten des ersten Reichstags der Republik, galten dem Mann, der in seltener Harmonie energische Bestimmtheit vereint mit kollegialer Verbindlichkeit; sie galten dem Mann, der strenge Unparteilichkeit und gewandte Handhabung der Geschäftsordnung zu mildern versteht durch nie verletzenden und doch treffsicheren Humor. Und doch — dieser Beifall galt nicht nur der Persönlichkeit. Vielleicht fast unbewußt spielte bei

Reichstagspräsident Löbe

denen, die Löbe so herzlich begrüßten, noch ein anderes mit. Wen drückt in diesen Tagen nicht in steigendem Maße dieses Gefühl der Führerlosigkeit des Reiches? Schwerste Entscheidungen nach außen müssen getroffen werden; Problem an Problem im Innern harrt drängend der Erledigung: und da ist seit Wochen nur eine geschäftsführende Reichsregierung am Steuer, die weittragende Beschlüsse nicht fassen kann. Die Regierungsbank im Reichstag ist leer. In der Wandelhalle wechselten die Gruppen der Politiker, die die neuesten Entschließungen, Absagen und Kombinationen besprachen — und nicht wissen, wie das weitergehen und vor allem, wie das nun endlich zum Ziele kommen soll. Die unvermeidlichen Geschäftsordnungsdinge wollen es, daß der neue Reichstag einen ganz belanglosen, öden Anfang nehmen muß — mußte, auch in dem Augenblick, wo er mehr denn je die Stimme des Volkes wiedergeben müßte. Nun, endlich, kommt es mit der Präsidentenwahl zu einer Tat. Endlich ist an einer Stelle wenigstens ein Führer. Daher dies Aufatmen der Erleichterung im ganzen Saal. Daher der begeisterte Beifall. Diese Wahl soll ein Symbol sein, dieser Beifall eine aufrüttelnde Mahnung — endlich auch die Tat der Regierungsbildung zu wagen!

*

Löbes Wahl im ersten Wahlgange bildete vor allem die Ueberraschung. Sie kam dadurch zustande, daß sich einige kleinere Parteien, wie die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei auf die alte parlamentarische Tradition besannen, daß der Präsidentenstuhl der stärksten Partei gebührt. Diese Einsicht führte das Zentrum auch zu der Entscheidung, sofort für Löbe zu stimmen. Am blamabelsten betrug sich wieder die Deutsche Volkspartei. Gleich den Kommunisten stellte sie in Herrn v. Kardorff einen eigenen Fraktionskandidaten auf, sie ließ aber zugleich verkünden, daß sie in der Stichwahl Herrn Wallraf wählen würde. Offenbar wollte sie in jedem Falle ihren Rechtsabmarsch (auch auf Kosten alter parlamentarischer Ueberlieferungen) festgelegt sehen. Ein heiteres Zwischenspiel war der völkische Protest, über die zu geringe Stimmenzahl, die auf den Grafen Westarp gefallen war. Den völkischen Hanswürsten war offenbar Herr Wallraf nicht feudal genug und darum stimmten sie für den Grafen Westarp, obwohl sie erst jüngst seine Familie als nicht judenrein in ihrer Presse angriffen. Es ist schon eine nette Freiheitspartei. Aber alle Zersplitterung konnte Löbes Sieg im ersten Wahlgange nicht verhüten. Auf ihn entfielen 231 Stimmmen der Sozialisten, der Demokraten, des Zentrums und der kleineren Parteien. Herr v. Kardorff empfing seine 51 volksparteilichen Stimmen, sein kommunistischer Schicksalsgenosse Thaelmann erhielt die Stimmen der 35 anwesenden Kommunisten, Graf Westarp 11 Stimmen von der völkischen Fraktion.

Die Wahl der Vizepräsidenten ging rasch von statten. Man hielt an den drei Vizes fest. Zwar mußte der deutschnationale Antisemit Graef-Thüringen sich der Zettelwahl unterziehen, da die Kommunisten der Wahl durch Zuruf widersprachen, aber dafür konnten Herr Dr. Bell vom Zentrum und Herr Rießer von der Deutschen Volkspartei glatt durch Zuruf gewählt werden. Die Deutschnationalen wollten offenbar durch den Vorschlag Graefs, der ein parlamentarisch höchst ungewandter Mann und ein Nichtskönner ist, den Völkischen die Reverenz erweisen. Unter Löbe dürfte jedoch Herr Graef kaum viel Schaden anrichten können.

*

Alles in allem darf man die Wahl Löbes zum Präsidenten als gute Vorbedeutung für die Regierungsbildung hinnehmen. Das Reich wollte Preußen den Vortritt lassen. Dort haben inzwischen die Dinge ebenfalls eine erfreuliche Entwicklung genommen. Das Zentrum im preußischen Landtag beschloß gestern abend:

„Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hält die verfassungsrechtliche Auslegung des Artikels 45 der preußischen Verfassung durch die Deutsche Volkspartei, wonach die Neuwahl des Landtages die Demissionierung des Kabinetts zur Folge haben müsse, für unrichtig. Sie schließt sich der Auffassung, die ihre Kabinettsmitglieder Dr. Am Zehnhoff und Hirtsiefer in der Kabinettssitzung am 6. Januar vertreten haben, vollinhaltlich an."

Nach dieser empfindlichen Ohrfeige hat die Deutsche Volkspartei vollends jede Besinnung verloren. Sie hat den Zentrumsunterhändlern erklären lassen, daß „das Rumpfkabinett im Landtag von der Deutschen Volkspartei mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft werde". Ausgerechnet das Kabinett, das die von der Volkspartei gepriesene Politik fortsetzen soll! Die Deutsche Volkspartei ist wirklich von allen guten Geistern verlassen. Bisher hielt sich wenigstens die Preußenfraktion von jener hysterischen Krisenmacherei fern, die das Kennzeichen ihres Reichstagsführers Dr. Scholz ist, der bekanntlich sogar gegen Stresemann als Kanzler und gegen den eigenen Wirtschaftsminister v. Raumer Krisen hervorrief, weshalb er ironisch der „Fachminister für Krisen" getauft wurde. Von der krankhaften Krisenmacherei hat sich nunmehr auch die preußische Landtagsfraktion der Volkspartei anstecken lassen, und sie ist erbost, daß die anderen Regierungsparteien sich die gesunde Vernunft bewahrt haben. Nun, das ist nicht zu ändern, und man wird der Volkspartei begreiflich machen,